

Beglaubigte Abschrift.

StS 455/49
(2 - 99/49)

Verkündet am 10. Juli 1950
gez. Taxacher, ap. Justizassistent
als Urkundsbeamter der Geschäfts-
stelle.

I M N A M E N D E S R E C H T S !

Strafsache

g e g e n 1.) den Ludwig W e i d m a n n aus Hilden,
Eichenstraße 95, geboren am 8. Dezember
1901 in München-Gladbach,

2.) den Sattler Richard N o t h e n aus
Düsseldorf, Ratingerstraße 3, geboren
am 11. Juni 1903 in Erkrath-Unterbach,
z. Zt. in dieser Sache in Untersuchungs-
haft im Gefängnis Wuppertal,

3.) den Kriminaloberassistenten Ernst Albert
B r u n s b e r g aus Neandertal 52,
Post Mettmann, geboren am 25. Februar 1907
in Wermelskirchen,

4.) den Kassenboten Ernst v o m D o r f f
aus Hilden, Forstbach Nr. 4, geboren am
2. Oktober 1899 in Remscheid,

5.) den Spediteur Erich W i m m e r s h o f f
aus Wuppertal-Elberfeld, Wiesenstraße 83,
geboren am 28. Dezember 1906 in Wuppertal-
Vohwinkel,

6.) den Schleifermeister Paul K r o h aus
Hilden, Kirchhofstraße 15, geboren am
28. Juni 1897 in Hilden,

7.) den Landwirt Heinrich T h i e l e aus
Hilden, Gerresheimerstraße 183, geboren
am 22. Oktober 1893 in Düsseldorf-Benrath,

w e g e n Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Auf die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil des Schwurgerichts in Wuppertal vom 4. Juli 1949 hat der II. Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Köln in der Sitzung vom 10. Juli 1950, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Groß
als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Dr. Wimmer,
Richter beim Obersten Gerichtshof Werner
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübbers
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

ap. Justizassistent Taxacher
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Die Revisionen der Angeklagten N o t h e n ,
B r u n s b e r g , W e i d m a n n und
W i m m e r s h o f f werden auf deren Kosten
verworfen.

Die Revision des Angeklagten T h i e l e
wird auf seine Kosten mit der Maßgabe verworfen,
daß die Verurteilung wegen Nötigung entfällt.

Die Revision des Angeklagten K r o h wird
auf seine Kosten mit der Maßgabe verworfen, daß
der Schuldspruch gegen ihn dahin neugefaßt wird:
Der Angeklagte Kroh wird wegen eines in Tatein-
heit mit 2 gefährlichen Körperverletzungen be-
gangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit
und wegen einer weiteren gefährlichen Körper-
verletzung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von
einem Jahr unter Auferlegung der Kosten des
Verfahrens verurteilt.

Auf die Revision des Angeklagten
v o m D o r f f wird das Urteil, soweit es ihn
betrifft, mit allen Feststellungen aufgehoben
und die Sache zur neuen Verhandlung und Entschei-
dung, auch über die Kosten dieses Rechtsmittels,
an das Schwurgericht zurückverwiesen.

G r ü n d e :

Im Jahre 1933 führten die SA. und die SS. in Hilden zahlreiche Aktionen gegen Angehörige der sozialistischen Parteien durch. Diese wurden von SA- oder SS-Mitgliedern festgenommen, bisweilen unter Zuziehung von Polizeibeamten, zur Polizeiwache oder zum Rathausaal, später auch zu dem ständigen SA-Wachlokal auf der sogenannten Koburg gebracht, dort von dem SA-Nachrichtendienst, dem die früheren Mitangeklagten Bach und Baecker sowie der Angeklagte Nothen angehörten, vernommen und hierbei von den anwesenden SA- und SS-Leuten in rohester Weise mißhandelt. Hieran waren die Angeklagten Nothen, Brunsberg, vom Dorff, Kroh und Thiele beteiligt.

I. Der Angeklagte N o t h e n .

Das Schwurgericht hat ihn wegen eines in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in 7 Fällen begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Mit der Revision rügt der Angeklagte zunächst in formeller Hinsicht in den Fällen 26, 33 und 43 die Verletzung der Aufklärungspflicht. Er trägt jedoch entgegen der Vorschrift des § 344 Abs.2 S.2 StPO. keine Tatsachen vor, die einen Verstoß gegen § 245 Abs.1 StPO. ergeben. Er greift vielmehr nur die Beweiswürdigung des Schwurgerichts an, die keinen Rechtsfehler erkennen läßt und deshalb das Revisionsgericht bindet. Die Verfahrensrüge ist deshalb unzulässig.

Auch die nicht weiter ausgeführte Sachbeschwerde des Angeklagten kann keinen Erfolg haben. Daß auf das Vorgehen des Angeklagten gegen politische Gegner in den Fällen 23, 26, 27, 33, 42 und 43 Art.II 1 c des ERG.Nr.10 und gleichzeitig § 223 a StGB. zutrifft, bedarf keiner näheren Begründung; denn es handelt sich hier um typische Akte eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, die in teils gemeinschaftlich, teils mit einem gefährlichen Werkzeug ausgeführten körper-

lichen Mißhandlungen bestehen. Etwas dürftig sind die tatsächlichen Feststellungen nur im Falle 42 c. Hier hat der Angeklagte das Opfer selbst weder vernommen noch geschlagen. Dennoch ergeben die gesamte Betätigung des Angeklagten und seine maßgebende Stellung bei der Durchführung der Aktionen, daß er nicht nur ein unbeteiligter Zuschauer gewesen ist, sondern durch seine Anwesenheit das Vorgehen der übrigen SA-Leute gegen Obermeyer bewußt unterstützt und als eigene Tat gewollt hat. Deshalb wird auch dieser Fall vom Schwurgericht zutreffend der Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu Grunde gelegt und gleichzeitig als gefährliche Körperverletzung angesehen.

Die Revision des Angeklagten war daher mit der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

II. Der Angeklagte B r u n s b e r g .

Das Schwurgericht hat ihn wegen eines in einem Falle in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, sowie in zwei Fällen in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er beschränkt seine Revision ausdrücklich auf den Strafausspruch, macht jedoch geltend, daß in einem Falle (Hops) die Strafklage verbraucht sei, weil dieser vom Schwurgericht bei seiner Verurteilung wegen Organisationsverbrechens in den Gründen erörtert worden ist. Diese Rüge richtet sich also in Wirklichkeit gegen den Schuldspruch. Da Revisionserklärungen der Auslegung fähig sind, und es auf das ankommt, was der Beschwerdeführer mit der Revision erreichen will, ist die Beschränkung auf den Strafausspruch unwirksam. Indessen kann die Rüge des Angeklagten keinen Erfolg haben. Sie ist nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes (OGHSt.Bd.1 S.293; Urteil vom 6.10.1949 - StS 402/49 -) offensichtlich unbegründet. Auch die sonstige Nachprüfung des Schuldspruchs läßt keinen

den Angeklagten beschwerenden Rechtsirrtum erkennen, er wird vom Angeklagten auch nicht behauptet.

Sodann bemängelt der Angeklagte zum Strafausspruch, daß das Schwurgericht keine Gründe dafür anführe, warum es ihm nur 6 Monate der Internierungshaft anrechne. Auch darin kann ihm nicht gefolgt werden. Die Anrechnung einer Haft liegt im Ermessen des Richters. Einer Begründung bedarf die Entscheidung hierüber nicht. Das Urteil muß nur erkennen lassen, daß die Frage geprüft worden ist. Das hat der Vorderrichter getan. Daß er sich hierbei von rechtsirrigen Erwägungen habe leiten lassen, dafür bieten die Urteilsgründe keinen Anhalt.

Die Revision des Angeklagten war daher mit der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

III. Der Angeklagte v o m D o r f f .

Das Schwurgericht hat ihn wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit "in Tateinheit mit je einem Fall mit gefährlicher Körperverletzung,

mit Nötigung,

mit gefährlicher Körperverletzung, diese in Tateinheit

mit Freiheitsberaubung und

mit Körperverletzung im Amt

zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis" verurteilt. Die Revision des Angeklagten ist begründet.

Zwar bestehen gegen die Anwendung des Art. II 1 c des KRG. Nr. 10 auf die Beteiligung des Angeklagten an den Fällen 11, 12, 16 und 42 e nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes keine Bedenken. Auch im Falle 16 liegt eine Schädigung von tatbestandsmäßiger Schwere vor; denn er darf nicht für sich betrachtet werden, weil er in Wirklichkeit mit den anderen Fällen eine Einheit bildet. Zutreffend ist auch die tateinheitliche Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung im Falle 11 und wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheits-

beraubung im Falle 16. Im Falle 11 wendet der Angeklagte ein, es sei nicht hinreichend festgestellt, daß gerade er sich unter den SA-Leuten befunden habe, unter deren Schlägen und Tritten Giess zusammenbrach. Nach den Urteilsgründen besteht jedoch hieran kein Zweifel; denn das Schwurgericht schließt dies aus der für glaubwürdig gehaltenen Aussage des Giess, "der den Angeklagten eindeutig als diejenige Person bezeichnet hat, die ihn zusammen mit anderen SA-Leuten an der Haustüre derart geschlagen und getreten habe, daß er zusammengebrochen sei". Im Falle 16 vermißt der Angeklagte die Angabe von Tatsachen, aus denen das Schwurgericht die Überzeugung gewann, daß der SA-Trupp den Fabrikarbeiter August Hochkeppel auf Grund einer vorher mit ihm - dem Angeklagten - getroffenen Verabredung mißhandelt hat. Indessen ist die Mitteilung der Beweistatsachen, wie § 267 Abs.1 S.2 StPO. ergibt, nicht zwingend vorgeschrieben. Wenn das Schwurgericht sich auf die Anführung des für erwiesenen Sachverhalts beschränkt hat, § 267 Abs.1 S.1 StPO., so liegt darin kein Rechtsverstoß. Insbesondere folgt daraus nicht, wie die Revision glaubt, daß das Schwurgericht eine gewisse Wahrscheinlichkeit statt einer Überzeugung und Gewißheit gelten lasse. Sodann meint der Angeklagte, das Schwurgericht erörtere nicht, worin es die Freiheitsberaubung erblicke. Die tatsächlichen Feststellungen lassen jedoch hieran keinen Zweifel. Der Angeklagte hat den Hochkeppel in seiner Wohnung festgenommen und dann zu dem 50 m entfernten SA-Trupp geführt, der ihn abredgemäß mißhandelte. Durch die Festnahme und das Hinbringen zu dem SA-Trupp beraubte der Angeklagte Hochkeppel des Gebrauchs seiner persönlichen Freiheit. Dieses Vorgehen war offensichtlich und auch für den Angeklagten unverkennbar widerrechtlich. Der Tatbestand des § 239 Abs.1 StGB. ist also gegeben.

Fehlsam ist jedoch die Anwendung deutschen Strafrechts in den Fällen 12 und 42 e. § 240 StGB. bedrohte

die Nötigung in der zur Zeit der Tat geltenden Fassung nur mit einer Höchststrafe von 1 Jahr Gefängnis. Deshalb kann die VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.1947 keine Anwendung finden; denn sie bezieht sich nur auf solche Vergehen, die zur Zeit ihrer Begehung mit einer Höchststrafe von mehr als drei Jahren Gefängnis bedroht waren. Der Strafverfolgungsanspruch wegen Nötigung ist also nach § 67 Abs. 2 StGB. im Falle 12 verjährt. Im Falle 42e nimmt das Schwurgericht eine Körperverletzung im Amt an, § 340 StGB.. Die Urteilsgründe enthalten jedoch keine ausreichenden Feststellungen, aus denen sich die Beamteneigenschaft des Angeklagten ergibt. Das Schwurgericht erörtert zwar diese Frage ausführlich bei den früheren Mitangeklagten Brieden, Baecker und Bach. Es verneint sie und erklärt dann, es habe die Beamteneigenschaft nur solchen Angeklagten beigemessen, die ausdrücklich als Hilfspolizeibeamte bestellt und im gegebenen Falle auch in dieser Eigenschaft tätig geworden sind. Daß der Angeklagte vom Dorff zum Hilspolizisten bestellt worden sei, wird nicht festgestellt. Vor allem fehlt es an jeder Angabe darüber, ob ein etwaiger Bestellungsakt auch durch die zuständige Behörde vorgenommen worden ist und der Angeklagte die Tatsachen gekannt hat, aus denen sich seine Beamteneigenschaft im strafrechtlichen Sinne ergeben soll. Mit der bisherigen Begründung ist also die Verurteilung des Angeklagten im Falle 42 e aus § 340 StGB. nicht aufrechtzuerhalten. Verletzt ist aber durch den Angeklagten in jedem Falle § 223 a StGB.. Auch diese Vorschrift ist, wenn die neue Verhandlung die Beamteneigenschaft des Angeklagten ergibt und deshalb zu einer Verurteilung aus § 340 StGB. führt, heranzuziehen, weil zwischen § 340 und 223 a StGB. Idealkonkurrenz besteht.

Da die Schuld des Angeklagten nur einheitlich festgestellt werden und eine neue Verhandlung möglicher-

weise seine Beamteneigenschaft ergeben kann, ist das Urteil, soweit es ihn betrifft, im ganzen aufzuheben und die Sache nochmals zu verhandeln.

IV. Der Angeklagte K r o h .

Das Schwurgericht hat ihn wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit "in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 - einem - Jahr" verurteilt. Nach den Urteilsgründen nimmt das Schwurgericht an, daß der Angeklagte in den Fällen 1 und 42 e eines in Tateinheit mit 2 Körperverletzungen begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und im Falle 9 einer gefährlichen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung schuldig sei, während es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in diesem Falle verneint.

Der Angeklagte Kroh rügt die Verletzung formellen und materiellen Rechts. Zur Ausführung der Verfahrensbeschwerde nimmt er auf die Bemängelungen Bezug, die andere Angeklagte vorbringen. Das ist unzulässig (RGSt.Bd.20 S.42). Sodann vermißt er in den Urteilsgründen die Feststellung, daß mindestens 6 Richter des Schwurgerichts die Schuldfragen ohne den geringsten Zweifel bejaht haben. Auch diese Rüge ist unbeachtlich (RGSt.Bd.61 S.217). Die Sachbeschwerde ist nicht näher begründet. Aus den Ausführungen zum Falle 12 für den Angeklagten vom Dorff ergibt sich, daß die tateinheitliche Verurteilung wegen Nötigung im Falle 9 auf Rechtsirrtum beruht. Der Strafausspruch ist jedoch hiervon nicht beeinflusst, weil die Strafzumessungstatsachen die gleichen bleiben. Den Schuldspruch hat der Senat in entsprechender Anwendung des § 354 Abs.1 StPO. nach den einwandfreien Feststellungen des Schwurgerichts neu gefaßt. Mit dieser Maßgabe war daher die Revision des Angeklagten zu verwerfen.

V. Der Angeklagte Thiele.

Er ist in den Fällen 9 und 15 beteiligt. Hierüber enthält das Urteil folgende Feststellungen:

1. Fall 9: Der Kaufmann Frauenhoff war im Frühjahr 1933 von SA-Leuten festgenommen und auf das Rathaus gebracht worden, weil er seine Weigerung, in die SA. einzutreten, damit begründet hatte, daß der Ortsgruppenleiter, der Mitangeklagte Thiele, ein "Meineidsbauer" und der SA-Führer Buchbinder ein "Zuchthäusler" sei. Tatsächlich hatten Thiele wegen fahrlässiger Abgabe eines Falscheides und Buchbinder wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Jahre 1933 Gefängnisstrafen erlitten. Im Rathaus vernahm Thiele den Frauenhoff und hielt ihm vor, daß er abfällige Äußerungen über die NSDAP. gemacht habe. Frauenhoff verlangte, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Darauf warf Thiele einen Aschenbecher nach ihm, der sein Ziel verfehlte, und schlug ihn dann mit der Hand ins Gesicht, so daß er zu Boden fiel. Das war für die anwesenden SA-Leute das Signal, über Frauenhoff herzufallen und ihn mit Gegenständen und Fußtritten zu bearbeiten. An diesen Mißhandlungen beteiligte sich auch der Angeklagte Kroh. Danach mußte Frauenhoff sich in einem Protokoll als Antifaschisten und Schädling bezeichnen und sich bei dem Angeklagten Thiele und dem SA-Führer Buchbinder entschuldigen.

2. Fall 15: Im Sommer 1933 nahmen SA-Leute den Hilfsdreher Amend fest und führten ihn in einen Raum neben der Polizeiwache. Dort vernahm der frühere Mitangeklagte Baecker Amend nach illegalen Material. Amend bestritt. Darauf erklärte der Angeklagte Thiele ihm, er solle alles zugeben, sonst wisse er ja, was mit ihm geschehe. Als Amend dennoch nicht gestand, wurde er mit Gummiknüppeln so mißhandelt, daß ihm die Sinne schwanden. Danach zwang man ihn, seinen Kopf auf eine bestimmte Stelle des Tisches wie auf einen Richtblock zu legen, und gab sich den Anschein, mit der Axt zuzuschlagen. Diese Quälereien dauerten längere Zeit.

Später wurde Amend nochmals schwer mißhandelt.

Das Schwurgericht hält es für möglich, daß der Angeklagte Thiele bei der eigentlichen Mißhandlung nicht mehr zugegen gewesen sei. Es ist jedoch der Überzeugung, daß er als Ortsgruppenleiter durch seine Anwesenheit zu Beginn der "Vernehmung" und die wiedergegebene Bemerkung dem Vorgehen gegen Amend einen besonderen Rückhalt gegeben und auch zu den späteren, aber von vornherein geplanten Ausschreitungen ursächlich mitgewirkt, sie gutgeheißen und gebilligt habe.

Das Schwurgericht spricht den Angeklagten Thiele im Falle 9 einer gefährlichen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, im Falle 15 eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig. Der Angeklagte wendet sich mit seiner Revision im Falle 9 gegen die Beweiswürdigung des Schwurgerichts. Diese hält sich jedoch durchaus im Rahmen des § 261 StPO.. Der Angeklagte vermißt eine Auseinandersetzung mit der Aussage des Zeugen Buchbinder. Der Tatrichter ist jedoch nicht gehalten, bei der Beweiswürdigung alle Aussagen im einzelnen zu erörtern. Er muß gemäß § 267 Abs.1 S.1 StPO. nur die für erwiesen erachteten Tatsachen angeben, in denen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden. Die Nichterwähnung einer Aussage in den Urteilsgründen beweist deshalb noch nicht, daß der Tatrichter nicht das gesamte Beweismaterial seiner Überzeugungsbildung zu Grunde gelegt hat, und bedeutet also keinen Verstoß gegen § 261 StPO.. Unbedenklich ist auch die Annahme des Schwurgerichts, Frauenhoff habe den Zeugen Bergarbeiter Müller mit der Aufforderung, er solle bekunden, von dem Angeklagten Thiele mißhandelt zu sein, nur auf die Probe stellen wollen. Als diese Äußerung fiel - wenn sie überhaupt gefallen ist -, waren beide Zeugen bereits abschließend vernommen. Eine neue Vernehmung war nicht vorgesehen. Müller hatte im Laufe des Verfahrens mit seinen Angaben mehrfach gewechselt. Das Schwurgericht hielt

ihn deshalb für unglaubwürdig. Ebenso beurteilte ihn nach der Überzeugung des Schwurgerichts auch Frauenhoff. Bei dieser Sachlage widerspricht die Annahme des Schwurgerichts, Frauenhoff habe Müller auf die Probe stellen wollen, weder den Denkgesetzen noch der Lebenserfahrung. Offensichtlich handelt es sich vielmehr um eine Anspielung auf die ständig wechselnden Bekundungen Müllers. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Frauenhoff zugefügten Mißhandlungen nach § 223 a StGB. ist bedenkenfrei festgestellt. Rechtsirrig ist nur die Verurteilung wegen Nötigung. Sie entfällt weil der Strafverfolgungsanspruch insoweit verjährt ist (vgl. hierzu die Ausführungen zum Falle 9 bei dem Angeklagten Kroh). Hingegen ist eine Verjährung hinsichtlich der gefährlichen Körperverletzung nicht eingetreten. Daß die Strafverfolgung vor dem Jahre 1945 aus politischen Gründen unterblieben ist, ergibt sich bei dem festgestellten Sachverhalt von selbst. Angesichts der Schwere der Tat besteht auch ein Bedürfnis nach nachträglicher Sühne (§§ 1, 3 der VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5. 1947).

Im Falle 15 rügt der Angeklagte eine Verletzung des § 266 StPO., weil dieser Fall nicht Gegenstand der Anklage gewesen sei. Ein Verfahrensverstoß liegt jedoch nicht vor; denn auch dieser Fall gehört in den tatsächlichen Zusammenhang des einen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, wegen dessen die Anklage erhoben worden ist (OGHSt.Ed.1 S.260).

In sachlich-rechtlicher Hinsicht bestehen gegen die Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit keine Bedenken; denn der Angeklagte hat, wie die tatsächlichen Feststellungen des Schwurgerichts zweifelsfrei ergeben, zu der tatbestandsmäßigen Schädigung des Amends durch ein eigenes Angriffsverhalten beigetragen. Was er in der Revision hiergegen vorbringt,

richtet sich nur gegen diese Feststellungen und ist deshalb unbeachtlich.

Schließlich enthalten auch die Strafzumessungsgründe keinen den Angeklagten beschwerenden Rechtsfehler. Der Angeklagte meint, das Schwurgericht habe es ihm nicht strafscharfend anrechnen dürfen, daß er Ortsgruppenleiter gewesen sei. Das Gegenteil ist der Fall. Seine einflußreiche Stellung legte ihm in besonderem Maße die Pflicht auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und andere Mitglieder der NSDAP. oder ihrer Gliederungen von der Begehung so unmenschlicher Grausamkeiten abzuhalten. Er machte sich jedoch, wie das Schwurgericht hervorhebt, kein Gewissen daraus, die politischen Gegner der Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken. Diese verwerfliche Einstellung des Angeklagten hat das Schwurgericht zutreffend strafscharfend verwertet. Die Annahme der Revision, daß das Schwurgericht hiermit die gleichen Tatsachen der Strafzumessung zu Grunde legt, die seine Bestrafung herbeiführen, entbehrt jeder Grundlage.

Die Revision des Angeklagten Thiele war daher mit der aus dem Entscheidungssatz ersichtlichen Maßgabe und der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

VI. Die Angeklagten Weidmann und Wimmershoff.

Sie sind vom Schwurgericht freigesprochen worden. Es hat ihren Anträgen, die ihnen erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen, nicht entsprochen. Mit der Revision erstreben sie eine Berücksichtigung ihrer Anträge.

Ob der Staatskasse die einem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen aufzuerlegen sind, ist Sache des richterlichen Ermessens. Das Revisionsgericht kann die hierüber getroffene Entscheidung des Tatrichters deshalb nur daraufhin nachprüfen, ob er sich bei der Ausübung seines Ermessens von rechtsirrigen Erwägungen hat leiten lassen. Das Schwurgericht erklärt zu der

Ablehnung der Anträge, den Angeklagten habe zwar ein Anspruch auf Bestellung eines Pflichtverteidigers zugestanden. Diesem Anspruch hätte aber in der Weise genügt werden können, wie dies auch durchweg geschehen sei, daß den bereits in diesen Sachen bestellten Verteidigern weitere Verteidigungsaufträge zugewiesen wären. Dadurch wäre eine weitere Belastung der Staatskasse vermieden. Es erschiene deshalb nicht angemessen, die Staatskasse durch nachträgliche Zubilligung von Erstattungsansprüchen zu belasten. Diese tatsächlichen Erwägungen lassen keinen Rechtsirrtum erkennen. Auch die Billigkeitsgründe, die die Angeklagten anführen, können in der Revisionsinstanz keine Berücksichtigung finden (RGSt. Bd.16 S.421 (425)).

Das Schwurgericht befaßt sich zwar ausdrücklich nur mit den den Angeklagten entstandenen Verteidigerkosten, nicht aber mit den sonstigen Auslagen, z.B. für Reisen. Ersichtlich will es jedoch seine Ausführungen auf die gesamten Auslagen bezogen wissen, von denen die Verteidigerkosten erfahrungsgemäß den größten Teil ausmachen. Die rechtsirrtumsfreie Begründung des Schwurgerichts betrifft also die Anträge der Angeklagten in vollem Umfange.

Auch die Revisionen dieser Angeklagten waren daher mit der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

gez. Dr.Groß

gez. Dr.Dr.Wimmer

gez. Werner.



Beglaubigt:

[Signature]
Justizassistent

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Obersten Gerichtshofes für die
Britische Zone.